

Optimierte Sammeltouren

Abfall Mitte Juli startet der Verband KVA Thurgau in Steckborn einen Versuch, die Abfalltouren täglich mit einer Software zu optimieren. Die Anzahl Leerungen sollen gemäss Mitteilung um einen Drittel reduziert werden. Bisher werden die 11 000 Sammelstellen vorwiegend zu fixen Zeiten angefahren, unabhängig davon, ob die Unterflurcontainer noch halb leer oder übervoll sind. Sensoren, die den Füllstand an die Logistikzentrale übermitteln, haben sich als «fehleranfällig und teuer» erwiesen. Stattdessen sollen die optimalen Touren aufgrund von Erfahrungswerten berechnet werden. Diese sind dadurch gewonnen worden, dass die Unterflurcontainer seit Jahren bei der Leerung gewogen werden.

Steckborn ist für die KVA Thurgau das «Pilotdorf für die Abfalllogistik der Zukunft». Hier hat auch ein elektrobetriebener Abfalllastwagen am 4. Mai seine Jungfernfahrt absolviert. Angeschafft hat ihn die Huber Logistik AG, die alle Unterflurcontainer im Verbandsgebiet entleert. Die Mehrkosten werden geteilt. Weitere Tests betreffen digitale Container für Geschäftskunden und das automatische Einlesen der Unterflurcontainer bei der Leerung. (wu)

Demokratie digitalisieren

Thurgau Petitionen sollen via Internet eingereicht werden können. Ebenso soll man sich elektronisch an Vernehmlassungen und Anhörungen beteiligen können. In diese Richtung muss sich die direkte Demokratie weiterentwickeln, meint Gabriel Macedo (FDP, Amriswil). Zeitgemässe digitale Instrumente betreffen nicht nur E-Voting. Die Coronakrise habe «schonungslos» die Schwachstellen des Systems gezeigt. Mit einer einfachen Anfrage will Macedo vom Regierungsrat erfahren, was bisher unternommen worden ist, um die Demokratie im Thurgau zu modernisieren, und welche weiteren Möglichkeiten der Regierungsrat dafür sieht. (wu)

80 000 Franken pro Betrieb

Thurgau Bis und mit 25. Mai bewilligte der Kanton Thurgau 474 Härtefallentschädigungen im Wert von 38 010 745 Franken, wie dem Wochenreport des Amts für Wirtschaft und Arbeit zu entnehmen ist. Davon wurden 317 im Volumen von 28 310 625 Franken in Form von A-fonds-perdu-Beiträgen ausbezahlt. Die durchschnittliche Entschädigung pro Unternehmen beträgt aktuell 79 736 Franken. Seit dem Start am 1. Februar wurden 948 Anträge eingereicht. 90,6 Prozent davon erfüllen die Kriterien und wurden zugelassen. Abgelehnt wurden 89 Anträge. Bei 168 zugelassenen Gesuchen fehlen noch Unterlagen. (red)

Ein Ende mit Schrecken

Das Rahmenabkommen scheidet: Ostschweizer Bundespolitiker reagieren begeistert bis besorgt.

Adrian Vögele

Jetzt steht es fest: Das institutionelle Rahmenabkommen der Schweiz mit der EU, kurz InstA, ist gestorben. Nach sieben Jahren des Tauziehens hat der Bundesrat die Verhandlungen am Mittwoch für beendet erklärt, ohne den Vertrag zu unterschreiben – die Differenzen seien zu gross. Grosse Meinungsverschiedenheiten gibt es etwa beim Lohnschutz und dem Zugang zur Sozialhilfe für EU-Bürger. Der Bundesrat will sich nun darauf konzentrieren, die bilateralen Verträge zu sichern.

Eine Option sind autonome Anpassungen durch die Schweiz: Das Justizdepartement unter der Führung von Karin Keller-Sutter soll abklären, in welchen Bereichen eine rechtliche Angleichung von Schweizer Recht ans EU-Recht allenfalls sinnvoll wäre. Der Bundesrat spricht sich auch dafür aus, dass das Bundesparlament die sogenannte Kohäsionsmilliarde an die EU freigibt.

Alt Gewerkschaftspräsident sieht sich bestätigt

Der St. Galler SP-Ständerat **Paul Rechsteiner** war in früheren Jahren als Gewerkschaftschef direkt in die Gespräche über das Abkommen involviert – und hatte den Entwurf bereits früh kritisiert. Die rote Linie beim Vertragsentwurf nicht überlebensfähig, sagte er im vergangenen Herbst. Den jetzigen Entscheid des Bundesrats begrüsst Rechsteiner. «Basis für ein gutes bilaterales Verhältnis der Schweiz zur EU ist ein starker, eigenständiger, nicht-diskriminierender Lohnschutz.» Hierzu sei in den Verhandlungen keine Lösung zustande gekommen. Der Schritt des Bundesrats, die Verhandlungen abzubrechen, sei die logische Folge. «Es ist gut, dass der Bundesrat nun Klarheit geschaffen hat.» Wichtig sei nun zugleich, dass die Schweiz die Kohäsionsmilliarde freigebe, sagt Rechsteiner – «dies als positives Zeichen an die EU».



Stunde Null in der Europapolitik: Der Bundesrat hat den Rahmenvertrag beerdigt. Bild: Gaëtan Bally/Keystone

Die FDP bedauert in einem Communiqué den Beschluss des Bundesrats und sorgt sich um den Wohlstand der Schweiz. Der Ausserrhoder Ständerat **Andrea Caroni** versucht das Positive zu sehen. Sein Kommentar zum Abbruch der Verhandlungen: «Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.»

Die EU sei leider aus ideologischen Gründen nicht bereit gewesen, der Schweiz «in für uns wichtigen Punkten» weiter entgegenzukommen. «Daher ist es ehrlicher», sagt der Ausserrhoder Liberale, «wenn man sich eingesteht, mit dem InstA

in der Sackgasse zu stehen. So können wir aus dieser Verhandlungssackgasse wieder raus und andere Wege beschreiten.»

Kommissionen und Kantone gegen Abbruch

Die Schweiz müsse sich nun als erstes «innerstaatlich stärken», so Caroni, dann zweitens die «Vernetzung mit andern Weltgegenden» ausbauen und drittens auch mit der EU neue Wege suchen. Dazu könne ein thematisch beschränktes «InstA light» gehören, das nur diejenigen Verträge betreffe, die beide Parteien anpassen wollen.

Nicht zufrieden mit dem Schritt des Bundesrats ist der St. Galler Mitte-Ständerat **Benedikt Würth**. Die Kantone hätten einen Abbruch der Verhandlungen abgelehnt, ebenso die aussenpolitischen Kommissionen des Bundesparlaments. Würth selber hatte im April eine Alternative vorgeschlagen: Die Schweiz und die EU sistieren den Rahmenvertrag vorerst und einigen sich einstweilen auf einige Grundsätze. Zu den Konzessionen der EU hätte laut Würths Vorschlag gehört, dass es keine «Strafaktionen» gegen die Schweiz gibt, beispielsweise bei der Forschungszusammenarbeit. Zu den Konzessionen der Schweiz hätte gehört, dass sie die Kohäsionsmilliarde zahlt – und bei der umstrittenen Acht-Tage-Regel ein Stück weit nachgibt. Nach dem Abbruch der Verhandlungen sagt Würth: «Der Bundesrat muss sehr rasch konkretisieren, wie er den bilateralen Weg aussenpolitisch stabilisieren will. Hier liegt eigentlich noch nichts vor.»

Was die Innenpolitik angeht, so glaubt Würth nicht, dass einseitige Anpassungen des Schweizer Rechts ans EU-Recht mehrheitsfähig wären. Ob der Verhandlungsabbruch nun direkt zu negativen Folgen für die Schweiz führen werde, sei schwer abzuschätzen. Mitte-Präsident Gerhard Pfister hält in einer Medienmitteilung fest, es gelte nun, «Eskalationen auf beiden Seiten zu vermeiden».

Egger zeigt sich enttäuscht über Abschied

Enttäuscht über den Abbruch der Verhandlungen ist auch der Thurgauer Nationalrat **Kurt Egger** (Grüne). In den vergangenen Monaten sei ein gewisser Aufwind für das Rahmenabkommen spürbar gewesen. «Es ist für mich schwer verständlich, dass der Bundesrat das Abkommen jetzt einfach abschießt.» Die Gefahr, dass sich die Beziehungen zur EU weiter verschlechtern würden und die Schweiz Nachteile in Kauf nehmen müsse, sei real.

In Feierlaune ist hingegen die SVP. «Freude herrscht!», sagt die St. Galler Nationalrätin **Esther Friedli**. «Endlich hat der Bundesrat einen klaren Entscheid getroffen und die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU abgebrochen. Das Rahmenabkommen wäre mit der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Schweiz nicht vereinbar und wäre ein Unterwerfungsvertrag gewesen.»

SVP: Die EU hat keinen Grund zu drangsalieren

Auch **Roland Rino Büchel** (SVP/SG) zeigt sich zufrieden: «Immer mehr Leute in der Schweiz haben begriffen, dass wir diesen Vertrag nicht unterschreiben dürfen.» Dass die EU die Schweiz jetzt mit Nachteilen drangsalieren wird, glaubt er nicht. «Eher das Gegenteil dürfte der Fall sein.» Da die Verhandlungen beendet seien, habe die EU keinen Grund mehr, die Schweiz im Hinblick auf ein Verhandlungsergebnis unter Druck zu setzen.



Paul Rechsteiner, St. Galler SP-Ständerat. Bild: KEY



Kurt Egger, GP-Nationalrat, Thurgau. Bild: Donato Caspari

Schub an neuen Test-Teilnehmern erwartet

Für 170 Thurgauer Firmen, die an den Massentests teilnehmen, wird die Homeofficepflicht aufgehoben.

Die Testkampagne in Firmen hat zwar Fahrt aufgenommen, läuft aber niedertourig. Er sei «verhalten begeistert», sagt Hans Peter Schmid, Leiter des Thurgauer Amts für Bevölkerungsschutz und Armee. Er hat das Projekt aufgegleist. Derzeit nehmen 170 Firmen an den Tests teil, heisst es auf Nachfrage. Bei insgesamt 18 000 Firmen im Kanton ist das eine überschaubare Teilnehmerzahl, auch wenn viele Kleinunternehmen die Mindestanforderung von fünf Teilnehmern nicht erfüllen. Aufwind bekommen die präventiven Mitarbeitertests

durch den Entscheid des Bundesrates vom Mittwoch. In den teilnehmenden Firmen wird ab Juni die Homeofficepflicht aufgehoben.

Schmid sagt: «Ich bin gespannt, ob nun weitere Firmen mitmachen.» Der aktuelle Beschluss aus Bern könne durchaus zu einem Schub an neuen Teilnehmern führen. Für sie müsse aber die Frage noch geklärt werden, wie lange ihre Teilnahme an den Tests dauern muss, bis die Homeofficepflicht tatsächlich aufgehoben werden kann, sagt Hans Peter Schmid weiter.

5000 Spuckproben aus Thurgauer Firmen vermag das beteiligte Labor in Tägerwilen wöchentlich zu analysieren. Diese Zahl sei noch nie erreicht worden, sagt Schmid. Man sei aber bereit, weitere Labors ins Boot

zu holen, falls deutlich mehr Firmen mitmachen würden. An Kapazitätsengpässen soll es nicht scheitern.

Impfungen in Firmen ab 50 Personen

Nachfragen zeigen, dass sich Firmen vor allem wegen des logistischen Zusatzaufwands noch nicht zur Teilnahme an den Spucktests durchringen konnten. Denn die Unternehmen sind selber verantwortlich dafür, den Transport der Proben nach Tägerwilen zu organisieren oder sie per Post zu schicken. Deshalb richten Firmen derzeit ihren Fo-

kus auf die Impfkampagne des Kantons.

Mobile Equipen sollen, wie sie es bereits in Pflegeheimen machten, in den nächsten Wochen Firmen aufsuchen, um Mitarbeitern vor Ort die Impfung zu verabreichen. Entsprechende interne Umfragen, welche Mitarbeiter sich im Unternehmen impfen lassen wollen, laufen derzeit. Ab mindestens 50 impfwilligen Personen kann sich eine Firma für das entsprechende Programm des Kantons anmelden.

Silvan Meile



Hans Peter Schmid. Bild: Reto Martin